

Martin Porwoll · Hans-Böckler-Str. 19 · 46236 Bottrop

Bundesministerium der Justiz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

E-Mail: info@porwoll.de
Telefon: (02041) 7716671
Mobil: (0177) 9716728
Telefax: (02041) 3089116

Bottrop, 11. Mai 2022

Gesetz für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden

Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz

Stellungnahme von Martin Porwoll (Whistleblower im Krebsmittel-Skandal)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Hinweisgeber und Whistleblower im Krebsmittel-Skandal, einem der größten Skandale im deutschen Gesundheitswesen, möchte ich mich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Referentenentwurf vom 24.03.2022 bedanken.

Meine Anmerkungen sind geleitet von dem Eindruck, dass in der Diskussion über den Hinweisgeberschutz und den daraus resultierenden Gesetzesentwürfen sowohl auf europäischer als auch auf Landesebene die Ergebnisse vom Sprechen über aber nicht mit den Hinweisgebern geprägt ist.

Wie die meisten Hinweisgeber beobachte ich die Entwicklungen um den Hinweisgeberschutz und den zögerlichen Umsetzungsbemühungen der Richtlinie in Deutschland in den letzten Jahren mit wachsender Resignation. Die eine große Lebensherausforderung haben meine Hinweisgeberkolleginnen und Hinweisgeberkollegen schon hinter uns. Viele der sehr kontrovers diskutierten Teile der Richtlinie und deren Umsetzung in deutsches Recht erscheinen mir akademisch, viel zu sehr auf die juristischen Implikationen und Folgen des Whistleblowings fokussiert. Diesen während des aktiven Whistleblowings weitestgehend sekundären Gesichtspunkten schenkt man als Hinweisgeber kaum Beachtung. Sie spielen Angesichts der Gefahren, denen man sich aussetzt, der Angst, den großen Zweifeln, der Hilflosigkeit, der Vergeltung und den Repressalien und der dauerhaften Vernichtung der eigenen ökonomischen Existenz, der beruflichen Zukunft und der persönlichen Reputation nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Martin Porwoll
Hans-Böckler-Str. 19
46236 Bottrop
Steuernummer 308/5088/3442

Telefon (02041) 7716671
Mobil (0177) 9716728
Telefax (02041) 3089116
info@porwoll.de
www.porwoll.de

Sparkasse Bottrop
BLZ 424 512 20
Konto-Nr. 795633
IBAN DE03 4245 1220 0000 7956 33
Swift WELADED1BOT

Jeder einzelne dieser Aspekte kann in eine Richtlinie und deren Umsetzung in deutsches Recht einfließen, aber dafür müsste man mit uns nicht über uns sprechen.

Viele Hinweisgeber zerbrechen unter der Last schwere Missstände nicht nur aufgedeckt, sondern aktiv an deren Beseitigung beteiligt gewesen zu sein. Die psychische und körperliche Belastung während und nach einem Whistleblowing ist enorm und auch sehr resiliente Persönlichkeiten werden durch die einseitigen Belastungen zumindest deformiert, wenn nicht sogar ganz zerstört. Mögen wir alle noch so unterschiedlich sein, ein Motiv eint uns Hinweisgeber definitiv, das ist die vollkommene und kompromisslose Selbstlosigkeit in der Aufdeckung von Missständen und Verbrechen, deren tägliches erleben uns um den Schlaf und ein gutes Leben gebracht hat. Belohnt wird das nicht, wozu auch? Ich persönlich glaube nur meine Pflicht getan zu haben, einen Verbrecher der zehntausende von Menschen um ihre Gesundheit, wenn nicht sogar ihr Leben gebraucht zu haben durch mein Wirken vor ein Gericht gebracht zu haben.

Ich erinnere mich gut, dass vor über zehn Jahren zur Zeit der großen Finanzkrise öffentlich beklagt wurde, dass bei den Bankenrettungen die Kosten sozialisiert und vorher die Gewinne personalisiert wurden. Mir gehen diese Worte nicht aus dem Kopf, denn für den Whistleblower funktioniert diese Gleichung unter vertauschten Vorzeichen. Der gesellschaftliche Nutzen, der Gewinn für die Gesellschaft wird sozialisiert. In vielen Fällen macht das Whistleblowing die Gesellschaft ein wenig sicherer, ein wenig besser. Die Kosten trägt der Whistleblower allein, die Kosten des Whistleblowings werden personalisiert und nicht nur in Einzelfällen bezahlt der Hinweisgeber mit seiner kompletten Existenz.

Im Folgenden einige wenige Anmerkungen, um dem geplanten Gesetz die Möglichkeit zu geben ein wenig für und nicht nur über die Hinweisgeber zu sprechen. Die Beurteilung der juristischen Detailfragen überlasse ich den fachjuristischen Stellungnahmen.

Für Rückfragen und Gespräche stehe ich Ihnen unter meinen Kontaktdaten jederzeit sehr gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen


Martin Porwoll

Verstoßdefinition

In der aktuellen Fassung des Entwurfs wird die Definition eines meldefähigen Verstoßes auf Verstöße die im Rahmen einer beruflichen, unternehmerischen oder dienstlichen Tätigkeit begangen wurden.

Diese Eingrenzung und Unterscheidung zwischen beruflichen und privaten meldefähigen Verstoß ist wirklichkeitsfremd und sollte deshalb gestrichen werden.

Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr

Insbesondere von Arbeitgeberseite wird heftig kritisiert, dass nach dem Entwurf die nach einer Meldung oder Offenlegung erfolgte berufliche Benachteiligung des Hinweisgebers (in der Regel die sofortige Kündigung) per definitionem eine Repressalie ist. Diese Beweislastregelung wird in den USA seit langer Zeit erfolgreich praktiziert. Diese Regelung sollte Bestand haben und ggf. erweitert werden. Insbesondere für die Fälle sofortiger Kündigung.

Etablierung nationaler Whistleblowing-Behörden

Für das Gelingen des im Entwurf befindlichen Whistleblowing-Gesetzes ist eine effektive und funktionierende Ausgestaltung der Anlauf-, -Investigativ- und Rechtsdurchsetzungsfunktion von Whistleblowing-Behörden von zentraler Bedeutung. Eine personelle und organisatorische Unabhängigkeit ist dringend sicher zu stellen.

Staatliche Whistleblower-Behörden sollten zusätzliche Kompetenzen und Schutzfunktionen erhalten. Unter anderem die Möglichkeit einstweiliger Anordnungen zum Schutz vor Vergeltung und Diskriminierung. Hinweisgeber können damit bis zum endgültigen Abschluss von Ermittlungen und etwaiger Verfahren geschützt werden.

Um die Sichtweise und Belange von etwaigen Hinweisgebern besser einschätzen zu können und zu berücksichtigen, ist ein Beirat ehemaliger Hinweisgeber einzusetzen.

Unterstützungsfond

Whistleblower sind oft mit schwerwiegenden beruflichen und privaten Konsequenzen konfrontiert, die durch die individuelle Verfolgung von Schadensersatzansprüchen während und nach der Meldung nicht angemessen gemildert werden können. Daher sind zusätzliche Unterstützungsangebote, insbesondere zur Erbringung rechtlicher, psychologischer und kompensatorischer Leistungen, sinnvoll und notwendig.

Das kann aus einem neuen Unterstützungsfond für Whistleblower geleistet werden. Der Fond kann sich unter anderem aus Bußgeldern und den Bußgeldern, die aufgrund des Erfolgs des Whistleblower-Falls an den Staat gezahlt werden und freiwilligen Leistungen der deutschen Wirtschaft zusammensetzen.

Insbesondere mein Fall zeigt ein Machtungleichgewicht, das die meisten Whistleblower-Fälle kennzeichnet, auf. Viele Hinweisgeber vermeiden die Möglichkeit eines Rechtsstreits mit ihrem Arbeitgeber, weil die finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens im Vergleich zu den Möglichkeiten der meisten Hinweisgeber besser sind. Unternehmen können ihre wirtschaftlichen Vorteile in sogenannten strategischen Verfahren nutzen. Dies ermöglicht den Arbeitgeber den Hinweisgeber finanziell zu ruinieren und die persönliche Existenz zu vernichten. Erschreckenderweise gelingt das nach wie vor in den meisten aller Fälle.

Vor einer Kündigung können sich Whistleblower jedoch nur schützen, indem sie ein Kündigungsschutzverfahren einleiten. Für die lange Zeit, die es braucht, um alle

Instanzen zu durchlaufen, ist der Hinweisgeber ohne Einkommen. Für eine gewisse Zeit können Ersparnisse verwendet werden, um die Familie zu ernähren und Anwälte zu bezahlen. Aber der potenzielle Whistleblower braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie lange das durchzuhalten ist. Um dieser Mischung aus Vergeltung und individueller Vernichtung der persönlichen Existenz des Hinweisgebers weder die Richtlinie noch der deutsche Gesetzgeber befürwortet, ist die Einrichtung eines entsprechenden Unterstützungsfonds gerechtfertigt.

Eine Anknüpfung an die berufliche Karriere vor dem Hinweisgeben ist den Whistleblowern in den meisten Fällen versperrt. Das Whistleblowing beendet für den Hinweisgeber den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Auch wenn das Whistleblowing mittlerweile gesellschaftlich eine positive Konnotation bekommen hat, wird der Whistleblower im beruflichen Kontext nach wie vor als potenzieller „Verräter“ oder potenzielle Gefahr wahrgenommen. Bezogen auf die Einkommenssituation vor dem Whistleblowing entgehen den Hinweisgeber zukünftige Arbeitseinkommen, die ohne ein Whistleblowing realisiert worden wären. Eine Kompensation dieses Einkommensverlustes findet nicht statt. In der Realität ist vielen Hinweisgebern der Wiedereintritt in das Arbeitsleben komplett unmöglich und somit ein sozialer und ökonomischer Abstieg unvermeidlich. Für alle Hinweisgeber, die nicht wieder den Weg in den Arbeitsmarkt finden, wäre eine entsprechende Kompensation aus dem Unterstützungsfond wünschenswert.

Auch die nachträgliche Anerkennung von finanziellen Verlusten und erlittenen Repressalien ehemaliger Hinweisgeber durch den Unterstützungsfond ist im Hinblick auf die desolante finanzielle und psychische Situation vieler Hinweisgeber insbesondere als späte Anerkennung ihrer Leistungen, wünschenswert.

Beratungsangebote

Auch nichtstaatliche Akteure bieten für potenzielle Whistleblower ebenfalls umfassende und unabhängige Informationen und Beratung über die verfügbaren Abhilfemöglichkeiten und Verfahren gegen Repressalien bis hin zu einer Rechtsberatung an. Die EU-Richtlinie hebt die Wichtigkeit von derartiger nicht-staatlicher Unterstützung für Hinweisgeber besonders hervor.

Eine Selbstverpflichtung zur vertraulichen Behandlung der Identität eines Whistleblowers ist verpflichtend. Umgekehrt sollten sie die Identität des Whistleblowers sowie die dessen Meldung betreffende Unterlagen nur im klar definierten Ausnahmefall weitergeben müssen. Ebenso wie die Hinweisgeber sollten diese Beratungsstellen vor Repressalien geschützt werden.